

# Merseburger Correspondent.

Erscheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger. —  
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

No. 31.

Sonnabend den 13. Februar.

1892.

## Das Heimstättengesetz.

Wenn unsere „Agrarier“, wie der Reichstanzler sich unlängst ausdrückte, sich mit sozialpolitischen Experimenten quälen, so kann man ganz sicher sein, daß zum mindesten ein Bruchtheil des Egoismus, der sie so groß gemacht hat, hineinspielt. Für die „innere Colonisation“, die Stärkung des kleinen Bauernstandes, die Beschäftigung des ländlichen Arbeiters u. dergl. haben die Herren sich erst begiebert, seitdem ihnen der Gedanke nahegelegt worden ist, daß auf diesem Wege dem Mangel an ländlichen Arbeitskräften, der die notwendige Folge der traurigen Lage dieser Landbevölkerung namentlich im Osten Preussens ist, abgeholfen werden könnte. Daher ihre Begeisterung für die Heimstätten, namentlich seitdem es ihnen gelungen ist, die Vereitelung der erforderlichen finanziellen Mittel seitens des Staates zu ermöglichen. Die letzte Frucht dieser Betrachtungen ist der Entwurf des sog. Heimstättengesetzes, für welches das Vorbild mehrwärtiger Weise aus dem ferneren Westen, aus Nordamerika, beschafft worden ist. Der Entwurf, der schon vor 2 Jahren im Reichstage eingebracht wurde, beginnt mit einem Cae, der wie eine Erinnerung an 1901 Nacht klingt: „Jeder Angehörige des deutschen Reichs, so lautet § 1, hat nach vollendetem 24. Lebensjahre das Recht zur Erwerbung einer Heimstätte“, vorausgesetzt natürlich, was aber der Gesetzgeber nicht sagt, um dem Leser die Illusion nicht zu rauben, daß er im schuldenfreien Besitz des dazu erforderlichen Grund und Bodens ist. Eine geachtete „Heimstätte“, die für den Väter und seine Familie ausreicht, die gegen den ungeduldrigen Gläubiger und den bösen Executor geschützt ist, die sich von Generation zu Generation mittelbar vererbt, das wäre in der That ein Ideal, des Schwermes der Colon werth. In den zahlreichen Prostitutionen, die für dieses Institut Propaganda machen, ist das Leben des Heimstättenbesizers in der ammutigsten Weise geschildert. Daß die Familie abends nach gethauer Arbeit in dem Garten, die Hausfrau verheißt das Abendbrot, ein leichter Wind umschfält die rothen Wangen der Kinder, die der Abglanz der Abendsonne vergolbt. Das ist neben dem christlichen Confessionalismus des Grafen Caprivi das beste Gegenmittel gegen das Gift der Sozialdemokratie. Daß die amerikanische Heimstätte diesem Ideale unserer Agrarier nicht entspricht, ist eine Sache für sich. Daraus würde Niemand Werth legen, wenn das Project sonst ausführbar ist. Aber gerade da hapert's. Schon die erste Beachtung des Entwurfs im Plenum, bei der der Entwurf mit der Unterstützung des Grafen Colloredo unter dem Antrage gewissermaßen als eine Hinterlassenschaft dieses großen Mannes gepriesen wurde, hat erkennen lassen, daß die wärdigen Vertreter des Antrags der Möglichkeit, dieses süßige Gold in gangbare gesetzgeberische Münze umzuprägen, zweifelnd gegenüberstehen. Und so hat man denn nach allerlei „sympathischen“ Neben den Antrag einer Commission überweisen, die — und das ist im höchsten Grade charakteristisch — ihre Arbeit mit der Beratung einer von dem Abg. Camp beantragten Resolutionen begann, die Regierung unter Überweisung des Gesetzentwurfs aufzufordern, Erhebungen darüber zu veranlassen, 1. ob und in welchem Umfange und aus welchen Ursachen ein Rückgang des bäuerlichen Grundbesitzes stattgefunden hat; 2. in welchem Umfange und mit welchem Ertrage Versuche mit der Beschäftigung der Arbeiter gemacht worden sind und auch demnächst Vorschläge darüber zu machen, durch welche Mittel die Erhaltung und weitere Ausdehnung des bäuerlichen Grundbesitzes sowie die Beschäftigung der Arbeiter auf eigenem Grund und Boden durch Erwerbung vom Heimstätten unter Beschränkung der Theilbarkeit und der hypothetischen Belastung, sowie der Zwangsversteigerung in derselben zu erreichen ist. Das ist das bekannte Ausnahmestück. Weß der Reichstag nicht, wie das Ideal verwirklicht werden soll, so schiebt er die Aufgabe auf die Schultern der Regierung ab. In diesem Falle scheint auch das zu versagen. In gutem Willen

fehlt es der Regierung natürlich nicht. Aber bekanntlich genügt der gute Wille nicht. Der Vertreter des Staatssecretärs im Reichsjustizamt hat in der Commission die Erklärung abgegeben, daß Reichsjustizamt habe bereits den Versuch gemacht, ein Heimstättengesetz auszuarbeiten; aber der Versuch sei selbtschlagen. Natürlich wird dieses offene Geständniß die Mehrheit der Commission nicht abhalten, der Regierung den Antrag, mit dem der Reichstag selbst nichts anzufangen weiß, zur weiteren Veranlassung zu überweisen und sich damit aus der Verlegenheit zu ziehen. Ebenfalls können die statischen Erhebungen nicht weiter schaden. Der Ansicht sind wir auch, vorausgesetzt, daß die Erhebungen auf alle Verhältnisse, welche hier in Betracht kommen, ausgebeht werden. Und deshalb haben die feierlichen Mitglieder der Commission, v. Bar, Dau, Jordan und v. Reibitz beantragt, unter Ablehnung des Gesetzentwurfs dem Reichstage folgende Resolution vorzuschlagen: „In Erwägung, daß die Frage, ob in Folge der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse ein Rückgang des leistungsfähigen kleineren Grundbesitzes eintritt, in seiner Weise festzustellen ist, in Erwägung ferner, daß von verschiedenen Seiten dagegen die Behauptung aufgestellt ist, daß die Fortdauer und fortwährende Vergrößerung und Vermehrung des fideicommissarischen Grundbesitzes in Verbindung mit der Aufrechterhaltung der wesentlich nur den größeren Besitzern zu Gute kommenden Kornzölle, den wünschenswerthen Bestand kleineren Grundbesitzes und die Beschäftigung von Arbeitern in verschiedenen Gegenden gefährdet oder vermindert; in Erwägung endlich, daß bei der Ungewißheit über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit solcher weit verbreiteten Behauptungen, erhebliche, selbst wirtschaftliche Mängel sich ergeben können, gesetzgeberische Maßregeln aber am besten auf sicheren statistischen Grundlagen erfolgen —: wolle der Reichstag beschließen, die verbindehten Regierungen aufzufordern, eine amtliche Statistik ausarbeiten zu lassen, aus welcher erhellt 1) ob und in welchem Umfange, bzw. aus welchen Ursachen ein Rückgang des bäuerlichen Grundbesitzes in den einzelnen Theilen des Reichs stattgefunden hat; 2) der Umfang, der Reinertung und die rechtliche Natur des in verschiedener Weise (durch Fideicommiss, Stammguts-, Lehn-, Dualität u. s. w.) in den einzelnen Bundesstaaten, bzw. Provinzen derselben, vorhandenen, nicht der freien Verfügung der Berechtigten unterliegenden, sogenannten „gebundenen Grundbesitzes“ und diese Statistik dem Reichstage vorzulegen.“ Wenn es den Herren Agrariern mit der Kräftigung des kleinen und mittleren Grundbesitzes wirklich Ernst ist, so werden sie, wenn sie auch den Erhebungen, auf denen der Bar'sche Antrag beruht, nicht zustimmen können, der Ausdehnung der Erhebungen auf den fideicommissarischen Besitz ihre Zustimmung nicht vorenthalten können. Man wird ja sehen.

## Politische Uebersicht.

Ueber die russisch-deutschen Beziehungen spricht sich ein Berliner Brief an die offiziöse Wiener „Polit. Correspondenz“, aus, in dem gleichzeitig gegen die „Hamb. Nachr.“ polemisiert wird, in denen bekanntlich Fürst Bismarck ab und zu Deutschland zu einem „Westfrieden“ vor Ausland auffordert. Die Berliner Justizkritik der „Pol. Corr.“ führt die Gerichte über eine russisch-deutsche Annäherung auf ausichtslose Vermuthungen für eine Anleihe zurück und erinnert die „Hamb. Nachr.“ daran, daß die Lage dieselbe sei, wie sie Fürst Bismarck vor vier Jahren im Reichstage schilderte, als er sagte, daß sich selbst eine vollständige Identifizierung Deutschlands in die russische Politik Deutschlands nicht davor schätzen würde, wider seinen Willen mit Ausland in Streit zu gerathen. Die russisch-französischen Verhandlungen über Aufnahme einer neuen Eisenbahnanleihe

sind gescheitert. Der russische Finanzminister verhandelte in Paris über die Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 240 Millionen Francs. Die Verhandlungen sind jedoch endgiltig abgebrochen worden. Zu der Frage der belgischen Verfassungsrevision spielt bekanntlich die Referendumfrage eine hervorragende Rolle. Innerhalb der Rechte gehen die Ansichten über diese Frage weit auseinander. Am Mittwoch haben sich nun beide Parteien der Rechte zu einem Compromiß geeinigt. Eine Versammlung der Mitglieder der Rechte beider Kammern erklärte sich damit einverstanden, daß das Referendum durch ein Spezialgesetz geregelt werde, in welchem die Fälle besonders bezeichnet werden, in denen eine Berufung an das Volk zulässig sei. Der Deputirte Woeste, welcher bisher dem Referendum entschiedene Opposition gemacht hatte, erklärte sich als Gegner für das so abgeänderte Referendum. Die englische Thronrede ist, wie nach Zusammentritt des Parlaments üblich, der Gegenstand der Berathung sowohl im Oberhause wie auch im Unterhause. Im Oberhause ist bereits am Dienstag der Adresse vor der Verantwortung der Thronrede einstimmig angenommen worden. Im Laufe der Debatte erklärte Lord Salisbury, daß Englands Bestrebungen in Aegypten nicht fallen gelassen werden; der Zweck Englands sei hierbei, das Aegypten auf eigener Kraft nahe und stark genug sei, um inneren Unordnungen und auswärtigen Angriffen zu widerstehen. Die Regierung werde Aegypten nie der Supremacie einer anderen Macht, noch der inneren Anarchie überliefern. Hinsichtlich Neufundlands erwartete Frankreich jetzt das Resultat der von Neufundland verprochenen Gesetze. Bevor dieses nicht vorläge, lasse sich über diese Angelegenheiten nichts sagen. — Im Unterhause beantragte bei der Adresse Debatte Lord (Konf.) ein Amendement zu Gunsten der Aufhebung der Handelsverträge, welche England verbindehten, bevorzugte Handelsbeziehungen zu den Colonien herzustellen. Der Präsident des Handelsamts, Hicks-Beach, bekämpfte das Amendement und erklärte, die Regierung könne sich nicht verpflichten, jene Verträge aufzuheben; sie würde übrigens keine Verträge abschließen, welche die Colonien berühren, ohne letztere vorher zu befragen. Das Amendement wurde schließlich ohne besondere Abstimmung abgelehnt. Bei der Fortsetzung der Adresse Debatte am Mittwoch erklärte der Parlaments-Secretär des Auswärtigen Amtes, J. W. Louthen, mit den Vereinigten Staaten sei in Bezug auf das Schiedsgericht über die Behringsee-Frage ein Einverständnis erzielt, er glaube aber nicht, daß Italien, Frankreich und Schweden bereits aufgefordert worden seien, Schiedsrichter zu ernennen. Die Brüsseler Acte, betreffend die Bekämpfung des Sklavenhandels, sei thatsächlich ratifizirt, da Frankreich mit gewissen Modifikationen zugestimmt habe; der Umfang, daß Portugal die Acte noch nicht ratifizirt habe, werde seiner Meinung nach nur einen kurzen Aufschub zur Folge haben.

Die spanische Anarchie fahren fort, an verschiedenen Orten aufscheinend völlig planlos Kaufereien mit der Polizei zu provozieren, bei denen sie regelmäßig den Kürzeren ziehen. Nach Meldungen aus Barcelona kam es auch am Mittwoch wieder zwischen der dortigen Polizei und den Anarchisten zu einem Zusammenstoß, wobei mehrere der letzteren, darunter drei Franzosen, verhaftet wurden. Auch in Neus (Provinz Farragona) wurden Verhaftungen vorgenommen.

Die Ausweisung der Königin Natalie von Serbien bildet wieder den Gegenstand sehr erregter Debatten in der Skupstina. Bei der nach mehrwärtigen Reden am Donnerstag erfolgten Abstimmung trat die Regierung außerdem einen Sieg davon, so daß die berührte Cabinetskrisis anscheinend noch einmal vermieden werden wird. In der Debatte sprach sich der Präsident der Skupstina, Kaitisch, gegen das Vorgehen der Regierung aus. Hierauf wurde der Uebergang zur



Tagesordnung mit 70 gegen 21 Stimmen angenommen; 20 Radicale verließen sich der Abstimmung der Saal, 9 Deputierte entließen sich der Abstimmung. Der Präsident der Skupščina stimmte unter dem Befehl der Galerien gegen den Uebergang zur Tagesordnung. In serbischen Abgeordnetenkreisen verlautet, natürlich sei gekommen, das Präsidium der Skupščina niederzulegen und aus dem radicalen Club auszutreten. Ferner erhält sich das Gerücht, der Minister des Innern werde demissioniren.

In **Brasilien** scheint schon wieder einmal irgend etwas nicht in Ordnung zu sein. Nach in Paris eingegangenen Meldungen aus Rio de Janeiro hat der Minister des Innern seine Entlassung genommen.

### Deutschland.

Berlin, 12. Februar. Am Mittwoch nahm der Kaiser in Gegenwart des Cultusministers, des Chefs des Civilcabinetts und des Professors Raschdorf die Zeichnungen zu dem neuen Dombau-Projekt in Augenschein. Während der gestrigen Morgenstunden nahm der Kaiser im Reichskanzler-Palais den Immediate-Vortrag des Reichskanzlers Grafen Caprivi entgegen, hörte im Schloß den Vortrag des Chefs des Militär-Cabinetts und empfing Nachmittag den Besuch des eben erst in Berlin eingetroffenen Kronprinzen von Schweden. Zu dem gestrigen Ball im Weißen Saale waren 1500 Einladungen ergangen. — Die Kaiserin ist infolge eines leichten Influenza-Anfalles genöthigt, das Zimmer zu hüten und sich einige Schonung aufzulegen. Nach einer leichtig zu verbrachten Nacht ist das Befinden derselben heute wesentlich besser.

Der Sultan hat durch einen armenischen Maler die Ankunft des deutschen Kaisers vor Konstantinopel und seine Begrüßung durch den Sultan in Dolma Bagtschi in Del malen lassen und das Kunstwerk dem Kaiser als eine Erinnerung an seinen Aufenthalt im Nilthale geschenkt.

Der Kriegsminister v. Kaltenborn-Tschau ist von seiner Erkrankung so weit wieder hergestellt, daß er Ausfahrten im geschlossenen Wagen unternehmen konnte.

Major Grumbow ist zum Uebertritt in türkische Dienste vom Kaiser auf drei Monate nach Konstantinopel beurlaubt. Derselbe soll der Nachfolger des verstorbenen Steffen Pascha werden.

Kaiserbesuch. In der letzten Sitzung des Magistrats zu Danzig wollte der erste Bürgermeister, er sei vom Kaiser zu der Witzpöbelung an die Bürgerschaft ermächtigt, daß der Kaiser im Laufe des kommenden Sommers die Provinz Westpreußen und Danzig besuchen werde.

Als Wappenzeichen für das Reichsland hat der Kaiser nach dem „Gesellschaft für Gfab-Votbringen“ den Reichsadel mit der schwebenden Kaiserkrone bestimmt. Der Adler ist belegt mit einem apollinischen Brustschild, dessen rechte Hälfte die herkömmlichen Wappen des Ober- und Unter-Eßes, und dessen linke Hälfte das entsprechende Wappen von Vohringen enthält.

Der Cultusminister Graf Zedlich hat wiederholt behauptet, er habe vor Ausarbeitung des Volksschulgesetzes mit Mitgliedern aller Parteien, auch der freisinnigen verhandelt. Er deutete dabei an, er habe bei diesen Besprechungen mehr oder weniger Zustimmung gefunden. Auf die wiederholte Frage des Abg. Nicker, wer die freisinnigen Abgeordneten seien, mit denen der Minister verhandelt habe, nannte letzterer in der ersten Sitzung der Commission in Form eines Zwischenrufs das frühere Mitglied des Abg.-Hauses, den jetzigen Berliner Bürgermeister Zelle. Daß das Zedlische Volksschulgesetz bei Herrn Zelle keine Gegenliebe gefunden hat, ist schon durch die vom Magistrat der Stadtverordnetenversammlung vorgelegte Denkschrift gegen das Gesetz klar gestellt.

Gegen das Zedlische Volksschulgesetz wendet sich auch das Organ des „Evangelischen Bundes“, die „Kirchliche Correspondenz“ für die deutsche Tagespresse, mit scharfen Worten.

Vor allem — so schreibt das genannte Organ — muß bei der Beurtheilung dieses Entwurfes bedacht werden, daß dieses Gesetz doch in erster Linie der römischen Kirche zu Gute kommt, wie denn überhaupt auf der Hand liegt, daß mit demselben vor allem das Centrum befriedigt werden soll. Ueberlegen denn die Vertreter des Staates gar nicht, daß sie es mit einem unfähigen und unzulässigen Ultramontanismus zu thun haben, der über den Kaiser den Papst, über den Staat die Kirche, über die weltliche die geistliche Gewalt setzt! Durch dies neue Gesetz wird ein äußerst bedenkliches Mißverhältniß einer fremden Gewalt in die Ordnungen der Schule eingeführt. Und wenn wirklich der römischen Vorgehensweise in der öffentlichen Volksschule auch nach dem neuen Gesetz ein Riegel vorgeschoben würde — auf welche Weise? wissen wir freilich nicht — so bleiben die Bestimmungen über Privat-

schulen übrig, denen jede wirksame Beschränkung auf das notwendige und heilsame Maß fehlt und die dem christlichen Ultramontanismus Thor und Thür weit offen lassen. — Wir bleiben dabei: es ist eine gefährliche Selbsttäuschung, wenn man durch dies Gesetz die confessionelle Volksschule scheinbar zu gründen erhofft!

Zu den Anschauungen des „Evangelischen Bundes“ bekennen sich sehr viele konservative, und an diese Gesinnungsgenossen wenden sich weiter die bezeichnete Rundgebung unmittelbar wie folgt:

Ein evangelischer Christ, ein preussischer Konservativer sollte einem Gesetz nicht bestimmen, das den Staat in seiner Einwirkung auf die aufwachsende Jugend zu Gunsten der römischen Kirche läßt und beschränkt. Durch die Stärkung, die das Gesetz der römischen Kirche von Staatswegen gewährt, wird es dem Vaterlande nur zum Unheil ausschlagen und auch die evangelische Kirche wird erfahren, daß die Stellung zum Schulwesen, welche ihr im preussischen Staate von Centurms Gnaden gegeben wird, keinen Segen bringt, sondern ein Danaergeschenk ist!

(Von der Polizeistunde.) Aus Frankfurt a. M. schreibt die „Frankf. Ztg.“: „Zwei Lehrer einer hiesigen höheren Schule die jüngst in einer bescheidenen aber anständigen Wirtschaft über die Polizeistunde hinaus sitzen geblieben waren, erhielten nicht nur die übliche Ordnungstrafe, sondern das Polizeipräsidium hat auch den Chef der Schulanstalt von dem Strafbefehl amtlich in Kenntniß gesetzt, wodurch den beiden Lehrern gewissermaßen eine Strafrechtsänderung zugefügt wurde.“

### Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 10. Februar.) Der Reichstag nahm heute den Gesetzentwurf, betr. die Einziehung der österröschischen Vereinsstrafe in zweiter Lesung an. Bei der darauf vorgenommenen Beratung des Staatsraths-Eisenbahnverwaltungsentwurfes ergab eine Erörterung über die Frage der Tarifreform. Abg. Schröder sprach sein Bedauern darüber aus, daß diese Reform wegen der Finanzlage Preussens ins Stocken geraten ist, und regte Vorschläge für die einschlagenden Bahnen eine Janggefahrnahme herbeizuführen. Der preuss. Eisenbahnminister Thielens antwortete, daß die Verzögerung der Reform zum Theil auf technische Differenzen zurückzuführen ist und betraute im Uebrigen die Peronentarifreform für weniger dringend, als die der Vätertarife. Letztere verlangte auch Abg. Schröder, der zugleich seinen Vorschlag, daß die preussische Eisenbahnverwaltung in ihrer Verquickung mit der allgemeinen Finanzverwaltung ein wesentliches Hinderniß für die gesammte Tarifreform liege. Abg. v. Schaffhausen wendete sich an den Staatsrath und sprach sich dahin aus, daß schon jetzt zu viel erreicht werde, der von dem Abg. Krause (fr.) selbst zurückgezogen wurde. Weiterhin führte Abg. Singer Bedenken über die Entlassung von Arbeitern aus den Eisenbahnverwaltungen wegen sozialdemokratischer Agitation. Minister Thielens gab zu, daß in zwei Fällen solche Entlassungen stattgefunden haben, erwiderte aber die Eisenbahndirection als berechtigt dazu, im Interesse der Erhaltung einer guten Organisation. Die weitere Beratung über diesen Gegenstand wurde mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde abgebrochen. Zum Schluß der Sitzung gab Graf Falkenstein die überragende Erklärung ab, daß das Centrum den Antrag auf Rückberufung der Jesuiten zum Theil auf technische Differenzen zurückzuführen ist und betraute im Uebrigen die Peronentarifreform für weniger dringend, als die der Vätertarife. Letztere verlangte auch Abg. Schröder, der zugleich seinen Vorschlag, daß die preussische Eisenbahnverwaltung in ihrer Verquickung mit der allgemeinen Finanzverwaltung ein wesentliches Hinderniß für die gesammte Tarifreform liege. Abg. v. Schaffhausen wendete sich an den Staatsrath und sprach sich dahin aus, daß schon jetzt zu viel erreicht werde, der von dem Abg. Krause (fr.) selbst zurückgezogen wurde. Weiterhin führte Abg. Singer Bedenken über die Entlassung von Arbeitern aus den Eisenbahnverwaltungen wegen sozialdemokratischer Agitation. Minister Thielens gab zu, daß in zwei Fällen solche Entlassungen stattgefunden haben, erwiderte aber die Eisenbahndirection als berechtigt dazu, im Interesse der Erhaltung einer guten Organisation. Die weitere Beratung über diesen Gegenstand wurde mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde abgebrochen.

Nächste Sitzung Donnerstag. (Sitzung vom 11. Februar.) Der Reichstag beriet heute die Anträge Ninkens und Träger betr. die Wiederaufnahme des Verfahrens im Strafprozeß und betr. die Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Beide Antragsteller betonten, daß der bisherige Zustand in Widerspruch mit dem lebendigen Rechtsbewußtsein steht. Abg. Träger (fr.) wendete sich besonders gegen den Gedanken, die Entschädigung lediglich im Obenvertrah einzutreten zu lassen, wodurch die unendlich Verurtheilten zu Verbrechern degradirt würden, und behauptete ebenso im Interesse der Erhaltung der Rechtseinheit eine etwaige Ueberweisung der Materie an die Einzelstaaten. Staatssecretär Dr. Boffe suchte die Antragsteller mit einigen zu nichts verpflichtenden wohlwollenden Versicherungen abzusprechen und bis zur gesammten neuen Regelung der Strafprozeßordnung zu verweisen. Er schätzte seine eigenen Aussichten noch dazu ein, daß es eine Entschädigung nur für nachweislich unschuldig Verurtheilte nicht auch für Fälle nicht erwiesener Schuld gewährt werden sollte. Dieser Antrag wurde von freisinniger und sozialdemokratischer Seite entschieden entgegengetreten. Die sozialdemokratischen Redner leiteten sogar aus dem Vorwurf tendenziöser Strafjustizpflege gegen politische Gegner die Forderung der persönlichen Haftbarkeit der Justizbehörden her. Auf Grund der Bezugnahme eines sozialdemokratischen Redners auf die bekannte Lenkung des Abg. Lingen's (fr.) in der Militärcommission über den Geheimrat gegen Vergeßte nahm dieser Veranlassung, jene Veranlassung in Rede zu stellen, wobei er aber in Wirklichkeit ausgehen mußte, daß er von einem Oberhaus aus höheren Rüdichten, auf Gottes Gebot, gesprochen habe. — Die zweite Beratung des Antrages wird demnach unmittelbar im Plenum stattfinden. — Freitag steht der Entwurf betr. die Einziehung der österröschischen Vereinsstrafe zur dritten Beratung, sobald wird die Etatsberatung fortgesetzt.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 10. Februar.) Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Beratung des Justizetats beendet. Von den polnischen Abgeordneten

wurde über unzureichende Rechtspflege in den polnischen Landesbehörden wegen ungenügender Berücksichtigung der Sprachverschiedenheit Klage geführt und möglichst Anstellung von polnisch redenden Richtern gewünscht. Abg. Czajkowski sah den Hauptbestand in dem Mangel an sprachlich, und namentlich auch juristisch befähigten Dolmetschern, und regte die interessirte Anstellung unbesoldeter Assistenten für den Dolmetscherdienst an. Die sonstigen Erörterungen betrafen Wünsche auf Verbesserung einzelner Vammitkategorien, besonders der Gerichtsdienergehälter. Die Etatsberatung wird am Sonnabend mit dem Etat der dritten Steuern fortgesetzt.

Die Commission für das Volksschulgesetz hat am Dienstag Abend den Antrag Nicker, der in Uebereinstimmung mit wörlen Kreisen der Bevölkerung die öffentliche Volksschule, wie in Bayern und Baden als gemeinsame Schule für die Kinder aller Bevölkerungsklassen kontrahirt und demnach die Vorschulen an höhere Schulanstalten u. s. w. besitzigen will, gegen die Stimmen der Freisinnigen abgelehnt. Der Antrag wird im Plenum wiederholt werden. Die §§ 2, 3 u. 4 der Vorlage (Zahl, räumliche Vertheilung der Volksschulen, Höchstbetrag der Kinderzahl in denselben) bleiben unverändert. Donnerstag und Freitag hält die Commission Tagesitzungen.

Die Budgetcommission des Reichstags trat am Mittwoch in die Beratung des Marineetats ein. Nach Bewilligung der Stelle eines vortragenden Raths und einiger weiteren Beamtenstellen trat die Commission in eine Generaldebatte über die Denkschrift betr. die Vermehrung des Flottenpersonals ein, deren Inhalt Staatssecretär Gollmann eingehend begründete. In den letzten Jahren hätten alle größeren Marinen Anstrengungen gemacht, um sofort beim Ausbruch des Krieges mit ihrer Schlachflotte bereit zu sein. In der französischen Flotte sei volle Befähigung für die besonders hervorragenden Kriegsschiffe, in der russischen für alle Schiffe vorhanden, was der Staatssecretär nachweist, aber mit der Bitte, die Zahlen nicht zu veröffentlichen. Daraus folge, daß wir entsprechend mehr, als bisher gesehen, thun müßten. Das Nothwendigste finde sich in den jetzt gestellten Forderungen. Nach Bewilligung derselben würde im Kriegsfalle sehr bald unsere Flotte kampffähig sein. Abg. Huene berechnet die geforderte Vermehrung des Mannschaffenspersonals auf 2014 oder 26,9%. Schon jetzt sei die Marine in steigendem Maße auf die Landbevölkerung angewiesen (1890: 1806 Seemannische, 1536 Landbevölkerung); bei einer Vermehrung um 1000 Mann werde die Landbevölkerung die Oberhand haben. Es entfehle nun die Frage, ob eine so große Vermehrung des Flottenpersonals möglich und ausführbar sei. Abg. v. Huene befragte die Forderung unter Bestätigung der bezüglich der französischen Flotte gemachten Angaben. Abg. Nicker weist auf den Widerspruch zwischen den jetzigen und den früheren Forderungen der Verwaltung hin. Zur Schlachflotte würden jetzt alle brauchbaren Schiffe gerechnet und für diese das Personal verlangt. Die Angaben des Staatssecretärs über die russischen Schiffe seien unklar. Der Staatssecretär erwidert, zur heimischen Schlachflotte würden gerechnet: die in der Denkschrift angeführten älteren und neueren Schiffe, die geschützten Kreuzerbooten, Panzerfahrzeuge, sämtliche Aviso's und Torpedoboote, soweit sie sich in der Heimat befinden. Die Verärgerung des Flottenpersonals in Ausland habe mit dem Retablisement der Schiffe, welches als eine Verärgerung der Flotte anzusehen ist, begonnen. Abg. v. Huene erklärt, wenn es sich um eine starke Vermehrung der Flotte handle, würde er zurücktreten. Aber es handle sich lediglich darum, die vorhandene Flotte schlagfertig zu machen. Selbst nach Bewilligung der Forderung würde die französische und russische Flotte uns noch voraus sein. Ähnlich spricht sich Abg. Frigen aus. Nach kurzer Entgegnung des Abg. Nicker wird die Beratung bis Sonnabend vertagt.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Entschädigung für ein Mißbrand gefallene Thiere, welcher dem Herrenhause zugegangen ist, ermächtigt die Provinzialverbände und die entsprechenden Communalverbände, zu beschließen, für ein Mißbrand und Raufschand gefallene Pferde und Rindviehfrüde oder für geübte Thiere dieser Gattungen, welche sich bei der thierärztlichen Obduction als mit Mißbrand oder Raufschand befreit erweisen, eine Entschädigung bis zu vier Fünfteln des Schätzwertes des Thieres zu gewähren und die Entschädigungskosten innerhalb des Verbandes auf sämtliche Pferde- und Rindviehbesitzer nach Maßgabe des vorhandenen Pferde- und Rindviehbestandes umzulegen.

Ein Novelle zum Unfallversicherungsgesetz haben die Nationalliberalen eingebracht. Dieselbe besteht aus einem einzigen Paragraphen, in welchem dem Bundesrath Vollmacht gegeben wird, die Zahl der Stellvertreter der nichtständigen Mitglieder des Reichsoberverwaltungsamts aus dem Stande der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf je sechs zu erhöhen.

**Pa. Küstendorfer**  
**Presskohlensteine**  
 empfiehlt zu billigen Preisen  
**Aug. Peuschel, Teichstraße.**

**Getragene Stoffe**  
 und Kleidungsstücke aller Art färbt in  
 den modernsten mit echten Farben  
**Max Wriß's Dampffärberei.**  
 Specialität: Bläuen und Färben von  
 Herrengarderobe, Mänteln und dgl.

**Nähmaschinen**  
 werden schnell und gut reparirt bei  
**L. Albrecht, Schmalstr. 23.**

**Keine**  
 löhrendere Vertretung giebt es, als für das  
 größte Bierland der Welt, den  
**Escher & Klemm.**  
 Holzkronenfabrik, Neustadt i. S.

**Pfannenkuchen**  
 in bekannter Güte, täglich frisch,  
 empfiehlt  
**Robert Heyne.**

**Vorzüglige gute**  
**Speisefartoffeln**  
 liefern centnerweise frei Haus.  
**Ed. Klauss.**

**Zinger Lagerbier, hell,**  
 30 Hl. Nr. 3.  
**Zinger Löwenbräu,**  
 24 Hl. Nr. 3, liefert frei Haus  
**R. Ziesche, Hofmarkt 10.**

**Magdeburger Sauer Kohl**  
 (neue Sendung), sowie sämtliche Sorten  
**Hüsenfrüchte.**  
 nur neue gut trockene Waare, empfiehlt  
**H. Lang, Sand 1.**

**Großes Landbrod.**  
 Theile meinen werthen Kunden und Gön-  
 nern ergebenst mit, daß von jetzt ab mein Brod  
 bedeutend größer ist, und die Waare über  
 1 Pf. schwerer wiegt. Meine Waare be-  
 findet sich bei Herrn **A. Faust, Burgstr.,**  
 und ist dabeil jeden Dienstag und Freitag  
 Brod frisch zu bekommen. Auch liefern ich auf  
 Bestellung frei ins Haus. Bestellungen durch  
 Postkarten werden pünktlich ausgeführt und  
 vergütet die Karte bei der ersten Lieferung.  
 Hochachtungsvoll  
**A. Lux, Bäckermeister,  
 Tagewerben b. Weitzendorf.**

**Kräftigen Mittagstisch**  
 empfiehlt **H. Fuss, Halleische Str. 34.**

**7. Säuspehelnfleisch** a Pf. 60 Pf.,  
 von der Neule a Pf. 65 Pf.,  
 „ gr. Schnittbohnen a Pf. 20 Pf.,  
 „ Preiselbeeren a Pf. 40 Pf.  
 empfiehlt  
**Hofmarkt 12. Ferd. Engel.**

**Alle Sorten Tauben**  
 kauft und verkauft  
**Karl Weber, Reipisch.**

**Starke Durchwürfe**  
 (gegen) von Hust- und Gichtdrast zu Gift  
 Zehen und Gede für Gichtkranke u. s. w.,  
 Siebe zum Entzieren von Begetreid und Seide  
 aus Kleinaamen, sowie alle Sorten Draht-  
 Netz, Haarsiebe und Drahtgewebe sind  
 stets vorräthig und empfiehlt billigst  
**A. Jänicke,**  
 Tischmachermesser,  
**Gothardstraße Nr. 36.**

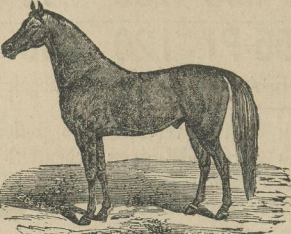
**Leinen- u. Gummiwäsche**  
 in nur guter Qualität empfiehlt billigst  
**A. Prall, Burgstraße.**

**Hypothekengelder**  
 jeden Betrages auf Stadt- und Feldgrund-  
 stücke sind auszugeben durch **Carl Hind-  
 rich, Merseburg, Burgstraße 13.**

**Tapeten,**  
 Naturtapeten von 10 Pf. an,  
 Gemaltapeten von 20 Pf. an,  
 Glanztapeten von 30 Pf. an.  
 In den schönsten und neuesten Mustern.  
 Musterkarten überallhin franco.  
**Gehr. Ziegler in Witten, Westfalen.**

**Gebraunte Caffee's,**  
 rein im Geschmack, p. Pf. von 1,40 - 2,00 Mk.,  
 hält bestens empfohlen  
**Hch. Lang, Sand 1.**

**Werthvolle Regulatoren,**  
**Wand- und andere Uhren**  
 zu herabgesetzten Preisen zu verkaufen  
**kleine Ritterstrasse Nr. 17.**



Von Sonntag den  
**14. d. M. ab stehen**  
 wieder in sehr  
 großer Auswahl  
**Ardenner**  
 und  
**dänische Pferde**

in leichtem Schlage zum Verkauf.  
**Gebrüder Strehl,**  
**Merseburg, Neumarkt.**

Die vortheilhaftesten  
**Singer-Nähmaschinen**  
 kauft man billigst beim  
**Mechaniker Gustav Engel, Weiße Mauer 7.**



**Das Möbeltrans-  
 portgeschäft**  
 von **A. Duysing**  
 hält sich bei vorerwähnten  
 Umzügen in der Stadt so-  
 wie nach auswärtig per  
 Waße und per Bahn ohne  
 Anleihe unter Garantie  
 bestens empfohlen.

**Ad. Duysing, Merseburg, Neumarkt 67.**

**Eine Partie Winter-Weberzieher,  
 Joppen und Reiseröcke,**  
 letztere passend für Dekonomen und Fuhrleute, verkaufe nun  
 damit zu räumen, zu ganz billigen Preisen.  
**Hl. Ritter- Otto Engel. str. 13.**

**Hurrah! Hurrah!**  
 Kommt, seht und kauft; so  
 etwas ist bald noch nie dagewesen.  
 Hebezeugung macht wahr!  
**R. Kolbe, Hofschlächter.**

**Bettstellen**  
 in Abbildung,  
 stark, in Holz, in  
 gut gearbeiteter  
 Sprungfeder-  
 maträtze, 24 Mk.  
 liefert **A. Groth, Tapezierer, Weißg. Pfaffen-  
 dorferstr. 9.** Garantie für größte Dauerhaftigkeit.  
 Freie Aufenduna.  
 Maträtze nach Maß 16 Mk.

**R. Schmidt,**  
 Seitenbeutel 2,  
 empfiehlt alle Sorten  
**Schuh- und Stiefelwaaren.**  
 Bestellungen nach Maß.

**Caffee,**  
 gebraunt à Bund Markt 1,40, hochrein  
 im Geschmack, empfiehlt  
**A. B. Sauerbrey.**

**ff. Roggenmehl,**  
 gr. Mehl 1 Mt. 28 Pf. in größeren  
 Mengen billiger, sowie alle  
 Futtermittel  
 empfiehlt  
**A. Speiser.**

Empfehle meine aus rein ameri-  
 kanischen Tabaken selbstgefertigten  
**Cigarren**  
 das Stück von 4 Pf. an.  
**Adolph Hoffmann,**  
 Cigarrenmacher,  
 7 Windberg 7.

**Aecht Hochhäuser  
 Kornbranntwein**  
 à 2r. 70 Pf.,  
**Liqueur, Cognac und Araq,  
 Punsch-Essenz**  
 in allen Preislagen empfiehlt  
**Hch. Lang, Sand 1.**

*Die Krankheiten der  
 Brust sind ansteckend  
 wenn die Leidenden  
 vernachlässigt, so zu bekämpfen. Vor an-  
 Schwindsucht (Auszehrung), Asthma,  
 (Albhemoth), Luftröhrentarrh,  
 Spitzendeboken, Bronchial-  
 Kehlkopfentarrh, Husten, Hämor-  
 roid, Blutspucken etc. etc. leidet, ver-  
 lange und besitze dich den Brusttheil (mas-  
 polygonum), welcher echt in Packeten à 1 Mk.  
 bei **Ernst Weidemann, Liebenburg  
 a. Harz** erhältlich ist. - Von sich vorher  
 über die grossartigen und überraschenden  
 Erfolge dieser Pflanze, über die ärztlichen  
 Aeusserungen und Empfehlungen, über die  
 dem Importeur gewordenen Auszeichnungen  
 informirtes will, verlange dieselbe gratis  
 die über die Pflanze handelnde Broschüre.*

**Germanische Fischhandlung.**  
 Schellfisch, Karpfen,  
 Cablian, Zander,  
 grüne Heringe - Pfd.  
 8 Pf., 3 Pfd. 20 Pf.,  
 Sämtliche Räucherwaaren, Conserve-  
 und Süßfrüchte, Büchlinge à Kiste 90 Pf.  
 empfiehlt  
**W. Krämer.**

**ff. Kieler Bücklinge,**  
 „ do. Sprotten,  
 „ Schweizer Käse,  
 „ Bayer. Sahnekäse,  
 „ Kämmelkäse,  
 „ Landkäse,  
 „ saure Gurken,  
 Pfeffer- und Senfgurken,  
 selbst eingelegte Preiselbeeren,  
 empfiehlt billigst  
**C. Wosff.**

**Restaurant z. Deutschen Hof.**  
 Heute Sonntag **Schlachtestest,**  
 früh 9 Uhr Weißfleisch, abends Brat- und frische  
 Wurst.  
**W. Weiße.**

**Gross-Kayna.**  
 Zum Pflanzenfuchenschmaus u. Ball  
 Sonntag den 14. Februar ladet freundlich ein  
**Schunke, Gastwirt.**

**Weintraube.**  
 Sonntag  
**Pfannkuchenschmaus.**  
 Nachmittags von 4 Uhr ab Tanzmusik.  
 Es ladet freundlich ein **F. Rodel.**

**Reparation Alter Dehauer.**  
 Heute Sonntagabend **Salzknochen.**  
 Auch werden noch **Fischgäste** angenommen.

**Zur guten Quelle.**  
 Sonntag von 7 Uhr an Tanzvergnügen.  
**F. Beyer.**

**Zur Zufriedenheit.**  
 Heute Sonntagabend **Salzknochen.**  
**E. Vogel.**

**J. Kämmer's Reparation.**  
 Heute Sonntagabend **Salzknochen.**

**Hôtel z. halben Mond.**  
 Heute **Schlachtestest.**

**Schwendler's Restaurant.**  
 Heute Sonntagabend von abends 6 Uhr ab  
**Salzknochen.**  
**Aal in Gelée, frisch eingelegt.**

# Preis-Ermässigung.

Mit dem heutigen Tage habe ich die Preise für sämtliche Seiden- und Besatz-Stoffe in Folge Uebernahme der Restbestände eines bedeutenden Fabrik- und Export-Hauses bedeutend ermäßigt und kosten die bekannten Qualitäten in

Satin u. Merveilleux, Faille etc. à 1,00 1,35 1,50 2,00 3,50 Mk.

von heute ab das Meter 55 Pf. 1,20 1,30 1,70 3,00 Mk.

In gleicher Weise sind die Qualitäten für Plüsch und Sammet herabgesetzt.

Ich habe ferner sämtliche von mir geführten Artikel revidirt und stellen sich von heute ab alle Baumwollwaaren des Elsass, Aussteuer-, Bett- und Leinen-Waaren bedeutend im Preise billiger.

Ebenso sind die Qualitäten in Futterstoffen ermäßigt, einige sehr courante Preislagen habe ich beibehalten und solche durch bessere Qualitäten ersetzt.

Selbstständigen Schneiderinnen gewähre außerdem bei Abnahme größerer Posten Extra-Vergünstigung.  
Merseburg, Februar 1892.

## Otto Dobkowitz,

En gros. Entenplan Nr. 3. En detail.

### Verband der kirchl. Vereine. Männer-Versammlung

der Mitglieder der kirchlichen Männer-Vereine am Sonntag den 14. Februar, abends 8 Uhr, in der Kaiser Wilhelms-Halle. Vortrag des Herrn Pastor Keller aus Berlin: „Der Kampf gegen die Unzucht“. Alle Mitglieder sind hierdurch eingeladen. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

### Kirchlicher Verein St. Marimi.

Montag den 15. Februar ev. abends 8 Uhr, in der „Reichsfraue“, 1 Treppen. Versammlung der Vereins-Mitglieder. 1) Geschäftliche Mittheilungen. 2) Besprechung und Beschlußfassung über die im Fragekasten vorgehende Frage bezüglich „Reichsadvisbeschlüssen innerhalb des Sacraments“. 3) Besprechung der durch die Generalienmode beschlossenen Erweiterung der kirchlichen Gemeinde-Rechte. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Gäste willkommen. Der Vorstand.

### Musik- und Gesang-Verein „Victoria“

hat Sonntag den 14. Februar sein Vergnügen, bestehend in Abendunterhaltung und Tänzen, in den Räumen des Gartens ab, wozu wir Fremde und Gönner des Vereins hierdurch ergebenst einladen. Der Vorstand.

### Unterstützungs-Verein deutscher Tabakarbeiter.

Zahlstelle Merseburg hat Sonntag den 14. d. M. nachmittags 3 1/2 Uhr, im Thüringer Hof im Sitzungssaal, wozu wir unsere Freunde einladen. Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Tischler-Verein.

Sonabend den 13. d. M. abends 8 Uhr. Versammlung in der Kaiser Wilhelms-Halle. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Der Vorstand.

### Mitgliederversammlung der Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. and. gewerbli. Arbeiter E. A. 3 Hamburg

Sonabend den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Casino. 1) Localangelegenheit der Cassie. 2) Verschiedenes. Der Ortsleiter.

### General-Versammlung der Ortskrankenkasse der Zimmerer zu Merseburg

Sonabend den 20. Februar, abends 8 Uhr, in Nehler's Restauration. Tagesordnung: 1) Rechnungsbericht vom Jahre 1891. 2) Geschäftliches.

### Zicherneddel.

Zum Pfannkuchenschmaus Sonntag den 14. Februar laden freundlichst ein C. Leonhardt.



### Maskenball.

Der Gesang-Verein „Germania“ hat Sonntag den 21. Februar 1892, von abends 6 1/2 Uhr an, in der festlich decorirten Räume der Kaiser Wilhelms-Halle seinen Maskenball ab, woran auch Nichtmitglieder theilnehmen können.

Einlasskarten, für Masken à 75 Pf., für Zuschauer à 50 Pf., sind im Vorverkauf zu haben bei den Herren: Kaufmann Hehncke, Bahnhofsstr., Otto Dauer, Neumarkt 61, Julius Trommer, Unteraltendurg 8, Bruno Hoffmann, Markt 28, Eduard Hoffmann, Johannis- und Sigistr.-Gde. sowie bei Herrn Haase, Sigistr. 17. An der Abendkasse: Masken 1 M., Zuschauer 60 Pf. NB. Für gediegene Ausführungen ist bestens gesorgt. Der Vorstand.

### Vorshuß-Verein zu Merseburg G. G. mit unbeschränkter Haftpflicht.

Die ordentliche General-Versammlung des Vorshuß-Vereins zu Merseburg, Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht findet

Sonntag den 28. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr,

im Saale der Fankenburg hier selbst statt, zu welcher sämtliche Mitglieder des Vereins hierdurch ergebenst eingeladen werden.

#### Tages-Ordnung:

- 1) Rechenschaftsbericht über das Jahr 1891. Feststellung der Dividende und Ertheilung der Entlastung.
- 2) Bericht des Revisionsrevisors über stattgefundene Revision.
- 3) Neuwahl für drei auscheidende Aufsichtsraths-Mitglieder.
- 4) Wahl der Abschätzungs-Commission.
- 5) Antrag auf Umwandlung des Vereins in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
- 6) Bericht über die Verhandlungen auf dem Unterverbandsstage in Kösen und dem allgemeinen Vereinsstage in Gera. Etwaige Anträge sind bis zum 20. d. M. bei dem Unterverbande einzureichen.

Merseburg, den 8. Februar 1892. Der Aufsichtsrath des Vorshuß-Vereins zu Merseburg, Eingetr. Genossenschaft, mit unbeschränkter Haftpflicht. G. Dürbeck, Vorsitzender.

### Berammlung

des landwirthschaftlichen Bauern- und Consum-Vereins

Sonntag den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr,

im Eivoli. Sämmtliche Mitglieder beider Vereine werden gebeten, zu dieser Berammlung zu erscheinen, da wichtige Vereinsangelegenheiten zur Berprechung gelangen. Der Vorstand.

Einen Lehrling sucht zu Diensten G. Hülsch, Tapezierer u. Decorateur.

### Bertreter.

Für den Betrieb unserer prämiirten deutschen Cognac's engagiren wir größeren Wägen branchenfunde nachweislich tüchtige Bertreter der hoher Provvision. (à 277/2 A.) Gebrüder Kurtze, Cognacfabrik in St. Glogan.

Eine deutsche Lebens- u. Aussteuer- u. Versicherung sucht für Merseburg unter ganz besonders günstigen Bedingungen einen

### Haupt-Agenten

(selbständige Geschäftsleute nicht ausgeschlossen) und wollen Bewerber ihre werthen Offerten unter W. K. 99 in der Exped. d. Bl. umgehend niederzuliegen.

### Landwirthschaftliche Winterchule Merseburg.

Von den Jünglingen der landwirthschaftlichen Winterchule zu Merseburg finden auch in diesem Jahre wieder mehrere theils als Buralter, theils als Oeconome-Gelehrlinge zum 1. April d. N. Stellung. Prinzipale, welche hierauf zu restituiren geneigt sind, wollen sich deshalb gefälligst an den Direktor der Schule, Herrn Glass, Neumarkt Nr. 38 hier selbst, wenden, welcher nähere Auskunft zu geben gern bereit sein wird. Merseburg, den 29. Januar 1892.

Der Vorstand des landwirthschaftlichen Kreis-Vereins Merseburg. Barth.

### Ginen Lehrling

sucht zu Diensten J. H. Eibe, Klemmermeister. Einen Lehrling sucht sofort oder Diersen Otto Eibe, Bademeister, Neumarkt 48.

Lehrling für ein Manufactur- u. Confection-Geschäft en gros und detail 1. April a. e. gesucht. Offert. sub G. h. 29924 befördert Rudolf Mosse, Halle a. S. (Nr. 29984.)

Sehr angenehme Stellen finden Köchinnen, Jungf., Stubenmädchen, l. ff. herrsch. Köch. von Frau Biene-weich, gr. Märkerstr. 10, Halle a. S.

### Ein kräftiges Dienstmädchen

für Küche und Hausarbeit wird zum 1. April gesucht Oeberburgstraße Nr. 7.

Ein Mädchen aus Thüringen, 20 J. alt, kräftig u. in allen häusl. Arb. geübt, welches zuletzt in Leipzig b. seiner Familie 3 1/2 J. in Dienst gehalten u. gute Zeugnisse aufzuweisen hat, sucht zum 1. April ähnliche Stellung, am liebsten b. einer Herrschaft ohne Kinder.

Nähere Auskunft wird gern ertheilt Merseburg, gr. Sigistr. 16, 1 Tr. Eber links.

### Ein fleiß. ordentl. Mädchen aus dem Erzgebirge, 18 Jahre, sucht sofort Stellung als Hausmädchen.Adr. an

Mina Stülpner, Leipzig, Banerstraße 20 II. (Lept. 863.) Ein ordentliches Dienstmädchen wird 1. März gesucht Oeberburgstraße 22.

Jum 1. April wird ein ordentliches Dienstmädchen als erstes Mädchen gesucht Neumarkt 62.

Ein ordentliches christliches fleißiges Mädchen im Alter von 16 Jahren sucht Stellung. In ertagen Bismarckstr. 1 im Hof.

Ein Jagdhund (Braune Schreck) fortgelaufen. Gegen gute Belohnung wiederzubringen bei

Weinlein, Bahnhofstr. 3. Vor Anlauf wird gewarnt. Die heutige Nummer enthält die wöchentliche „Landwirthschaftliche und Handelsbeilage.“

Hierzu eine Beilage.



Parlamentarisches.

Das Ergebnis der 6 stündigen Donnerstags- Sitzung der Volkschulkommission ist die unveränderte Annahme des § 5, welcher die Unterrichtsgegenstände aufzählt. Der Antrag Jagzewski, in gemischtsprachigen Landesheilen den Religionsunterricht in der Mutterprache vorzuschreiben, und diese als Unterrichtsgegenstand in den Lehrplan aufzunehmen, wurde gegen die Stimmen des Centrums und des Antragstellers abgelehnt. Letzterer bezieht sich für die 2. Lesung eine Fassung vor, der seinen Antrag auf Posen und Westpreußen beschränkt. So lange Graf Jodlitz Minister bleibt, könnten die Polen zufrieden sein — der Minister hätte die Berücksichtigung des Antrags in einzelnen Distrikten zugesagt — aber Ministern gegenüber, wie Emmeccerus und Friedberg, bedürfen die Polen gesetzliche Garantien! Der Antrag Emmeccerus, der für alle Unterrichtsgegenstände die deutsche Sprache vorschreibt, erhielt nur die Stimmen der Nationalliberalen. Abg. Niderst und die Konservativen bezeichneten den Antrag als praktisch unausführbar. Dem Abg. Jagzewski gegenüber, der seinen Antrag als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie empfahl, wiederholte Graf Jodlitz seine Erklärung aus der ersten Lesung, die Schule sei nicht lediglich Kampfmittel: sie bilde nicht Charaktere, sie führe nur Bildungselemente zu. Als Niderst meinte, es bestehe hier ein Widerspruch zwischen dem Minister und dem Grafen Carvizi, erwiderte ersterer, auch Carvizi habe nur die indirekte Wirkung der Schule im Auge gehabt. Weiterhin beantragte Hanen (freil.), die Gesundheitslehre in den Lehrplan aufzunehmen, zog den Antrag aber zurück, nachdem der Minister erklärte, diese könne mit dem deutschen Unterricht verbunden werden. Der Antrag Niderst: in der Aufzählung der Lehrgegenstände anstatt „Vaterländische Geschichte“ zu setzen: „Geschichte, insbesondere vaterländische“ wurde mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt. Niderst beantragte ferner die Aufnahme des Handfertigkeitsunterrichts für Knaben; die hauswirtschaftlichen Kenntnisse für Mädchen in den Lehrplan von der Genehmigung nicht des Ministers, sondern der verstärkten Kreisbez. Schulbehörde abhängig zu machen. Für den Antrag sprachen Seyffarth, Emmeccerus, Grimm. Der Minister war sächlich einverstanden. Zur Mitwirkung bei dem innern Betriebe der Schule sei aber nur eine staatliche Instandhaltung berufen; was Niderst acceptirt mit dem Wunsche, daß der Minister sich dieses Grundgedankes auch sonst erinnern möge. von Jodlitz (freil.), Emmeccerus bestritten demnach die Entscheidung dem Regierungspresidenten zu übertragen. In dessen wurde auch dieser Antrag mit 14 gegen 11 Stimmen (die dreitägigen, Nationalliberalen, Konservativen) abgelehnt. Eine lange und lebhaft Debata rief der Antrag Niderst hervor, zu bestimmen: Für den Religionsunterricht können in den Lehrplan für mehrlässige Schulen bis vier, für einlässige bis fünf Stunden aufgenommen werden. Selbst der Ministerliche Entwurf von 1869 enthalte eine solche Vorbestimmung, um, wie die Motive sagen, zu weit gehende Ansprüche der Kirchen zu beschränken. Die Stundenzahl gehe nicht über die Hälfte des Regulativen hinaus. In dieser Beschränkung des „weisen Ermessens des Ministers“ — an dessen Stelle soll doch nach der neuerlichen Ausföhrung des Grafen Jodlitz das Schulgesetz treten — sah Graf Jodlitz heute möglich ein „Mißtrauensvotum gegen seine Person!“ Nebenfalls müsse auch die Mindestzahl der Religionsstunden normirt werden. Niderst erwiderte, die Person des Ministers stehe nicht in Frage; das Gesetz sei dauernd. Gegen den Antrag sprachen vom Centrum Porich, v. Huene, Bruel und v. Jagzewski. Bruel hielt denselben für ein Mißtrauensvotum gegen das religiöse Leben! Huene gab hier die Erklärung ab, das Centrum stimme nur für das Gesetz, weil dasselbe einige wichtige Prinzipien: das der Confessionalität und der christlichen Schule festlege; die Sache stehe auf des Messers Schneide; würden weitere Verschlechterungen beschlossen, so werde das Gesetz unannehmbar. Das Centrum bringe jetzt schon große Opfer. Abg. Emmeccerus kommt dem Minister mit dem Vorschlag entgegen, die Zahl der Religionsstunden in mehrlässigen Schulen auf drei bis vier, in einlässigen auf vier bis fünf Stunden festzusetzen. Der Antrag Niderst wird gegen 5, der Antrag Emmeccerus mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Im Laufe der Debatte wiederholte Niderst die neutrale Frage, ob, falls das Gesetz zu Stande komme, Graf Jodlitz nicht auch die Hälfte des Regulativen von 1872 wieder beseitigen werde. Der Minister antwortete, für jetzt habe er eine solche Absicht nicht, für die Zukunft aber könne er keine Garantie leisten.

raths zur Beschlußfassung gelangen, nachdem die Ausschüsse dem Entwurf zugestimmt haben. — Das Centrum schwankt auch im Reichstage auf der ganzen Linie ein, und die Regierung seine Dankbarkeit für das Volksschulgesetz zu beweisen. Auch über das Telegraphenmonopolgesetz, welches der Reichstag kürzlich an die Commission zurückverwiesen hatte, ist eine Verständigung zwischen Centrum und Konservativen zu Stande gekommen, um das Gesetz nach den früheren Beschlüssen der Commission im Einverständnis mit dem Staatssecretär v. Stephan zu Stande zu bringen. An Stelle des Abg. Kurz, der sein Mandat niedergelegt hat, war zunächst der Abg. Schrader (freil.) zum Vorsitzenden gewählt worden. Unter dem Vorwand, daß die Commission bei dieser Wahl nicht vollzählig gewesen, wurde am Mittwoch zu einer Neuwahl geschritten und der konservative Abg. von Guxfeld zum Vorsitzenden gewählt. Darauf trat die Commission in die Berathung ein. § 1 wurde mit einer kleinen Verschlechterung in folgender Fassung angenommen: Das Recht, Telegraphenanlagen für Vermittelung von Nachrichten (anstatt: für den allgemeinen Vermittelungsverkehr) zu errichten und zu betreiben, steht ausschließlich dem Reiche zu. Unter Telegraphenanlagen sind die Fernsprechanlagen mitbegriffen. Auch § 2: Uebertragung des Regals für einzelne Strecken und Bezirke an Privatunternehmer oder Gemeinden wurde von der konservativ-liberalen Mehrheit angenommen; dagegen ein Antrag des Abg. Blehl (Centr.), welcher das Recht der Städte auf ihre Straßen waeren sollte, abgelehnt. Danach ist anzunehmen, daß die Petitionen einer großen Zahl städtischer Behörden (auch aus Bayern) sowie die Beschlüsse des deutschen Handelsstags bei der Mehrheit des Reichstags keine Berücksichtigung finden werden. Die Forderung, daß das Monopolgesetz gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf über die elektrischen Anlagen festgestellt werde, wies Staatssecretär v. Stephan mit dem Hinweis auf das Entwicklungsstadium ab, in dem sich die Anwendung der Elektrizität befindet. Abg. Schrader entgegnete, daß doch der dem Bundesrath vorgelegte Gesetzentwurf nichts enthalte, was der Entwicklung der Elektrizität präjudizire. Die Mehrheit aber erwies sich als jedem Argument unzugänglich.

Provinz und Umgegend.

g Halle, den 10. Februar. Beim hiesigen Landgericht ist gegenwärtig ein Proceß anhängig gemacht, den Herr Professor Müllertich in Stuttgart gegen eine Anzahl auswärtiger Fabrikanten, wegen Patentverletzung, richtet. Das Object des Streitgegenstandes ist auf 320 000 Mark festgesetzt worden. — In der Mittwoch-Sitzung des Schurgerichts zu Halle wurde der Schlosser Adolf Junker aus Oberswalde, 37 Jahr alt, von der Anklage des versuchten Mordes freigesprochen, dagegen wegen vorsätzlicher, mittelst gefährlicher Werkzeugs verübten Körperverletzung unter Annahme mildernder Umstände zu 1 Jahre Gefängniß verurtheilt. Der betreffende Vorgang hat sich am 28. September v. J. im Hause Kleisbergstraße 38 in Halle abgespielt, wo der Angeklagte seine bei ihrem Schwager, dem Bahnarbeiter Meyer, zu Besuch anwesende Frau durch einen Beißbiß auf den Kopf verletzt hatte, wogu die heimliche Hierherreise der Frau dem Angeklagten Veranlassung gegeben. — Bei der zweiten Sache: vorsätzliche und versuchte Brandstiftung betreffend, handelte es sich nur um theilweise Wiederholung eines früheren Proceßes, bei dem ein Formfehler betreffs der Strafbesetzung vorgekommen. Der Angeklagte, Schuhwaarenhändler Gustav Adolf Kunkel aus Merseburg, 53 Jahre alt, aus Köpfchen gebürtig, war wegen erwählter Verbrechen am 19. Dec. v. J. vom Schwurgericht zu 5 Jahren Zuchthaus und Nebenstrafen verurtheilt, wogegen er Revision beim Reichsgericht eingelegt hatte. Jetzt wurde die Strafe, wie bereits in vor. Nr. kurz mitgeteilt, auf 3 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von 3 Monaten auf die erlittene Haft, 5 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht festgesetzt. Die damals verhängte Geldstrafe (300 Mk.) kam in Wegfall. — In der Donnerstags-Sitzung des Halle'schen Schurgerichts wurde die Witwe Auguste Kollmann geb. Kummer aus Salzmünde, 60 Jahre alt, aus Euhl gebürtig, wegen vorsätzlicher (vollendeter) Brandstiftung und wegen einer versuchten schweren, sowie wegen eines vollendeten schweren Diebstahls zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurtheilt. 6 Monate sind ihr als verbüßt angerechnet. Die betr. Brandstiftung ist am 8. Mai v. J. in der Arbeiteralmshaus des Oberamtmanns Zimmermann in Salzmünde erfolgt, das Feuer bald gelöscht worden. Bei den Diebstählen hat es sich um Erlangung von Brauntwein gehandelt; die Angeklagte ist der Trunksucht ergeben und dieser Umstand der Beweggrund der

bejahren Frau gewesen, etwas zu begeben, wodurch sie von Salzmünde wegzähne und ein sicheres Unterkommen für ihr Alter erhalten würde. — Der Kaufmann Wolff aus Posen, welcher am 1. November v. J. auf dem Marktplatz zu Mittweida aus Eifersucht seine Geliebte durch einen Revolvererschuß verwundete und dann einen Selbstmordversuch unternahm, ist von dem Gchmüßer Schwurgericht zu 1 Jahre Gefängniß und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt worden. — In Zeitz wurde am Dienstag das neue kaiserliche Postgebäude feierlich eröffnet und dem Verkehr übergeben. — In Leipzig erschöpfte sich am Dienstag früh der Schriftsteller und Redacteur Dr. phil Müller in einem Anfall von Schwerkrauth. Unbefriedigter Gheiz scheint bei dem in 37. Lebensjahre stehenden Manne die Ursache der traurigen That zu sein. — Von dem Schwurgericht zu Leipzig wurde dieser Tage die Hedemae Luise Amalie Korte aus Gr. Dölzig, welche vor gerade Jahresfrist wegen einer Anzahl von Verbrechen gegen das feimende Leben zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurtheilt war und gegenwärtig dieselbe Strafe in Waldheim verbüßt, neuerdings derselben in 4 Fällen begangenen Verbrechen schuldig befunden. Infolgedessen wurde das vorjährige Urtheil aufgehoben und das unmenschliche Weib zu 9 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurtheilt. — In einer großen Kaufwaarenzurichterei und Färberei in Leipzig hat man eine ganze Dicks- und Fehlerbande entdeckt, die bereits seit längerer Zeit große Posten von Wollen von bedeutendem Werthe einwendet und verkauft hat. Die Diebe, in der Fabrik beschäftigte Arbeiter, wurden festgenommen. Einer von ihnen nahm sich, nachdem er ein umfangendes Geständniß abgelegt hatte, das Leben. In den letzten 6 Wochen hatten die Diebe für etwa 6000 Mk. Waaren entwendet. — In Schönheide in Sachsen erlangte sich eine Witwe nebst ihrem eifährigen Sohne wegen Nahrungssorgen. — Dieser Tage ist in der Nähe von Adersleben ein Meteorstein von beträchtlicher Größe aufgehoben worden. Die Härte des Steines ist nach der E. Ztg. so groß, daß eine gute Stahlfeile daran nicht haftet.

Localnachrichten.

Merseburg, den 13. Februar 1892. Der Verein für Schweineversicherung hier selbst hielt vor kurzem seine erste ordentliche Generalversammlung im Saale der guten Quelle ab. Hierbei zeigte Punkt 1 der Tagesordnung, betreffend Rechnungslegung, daß der Verein, gleichseitig mit von 15 Personen gegründet, bis zum Schlusse des Jahres auf 16 Mitglieder herangewachsen war. Trotz des geringen Beitrages und der ziemlich bedeutenden Einrichtungsfohen war der Verein in der Lage, ohne Nachzahlungen zu erheben für 17 Schweine 379 Mk. Entschädigung zu zahlen und hatte trotzdem noch einen kleinen Kasernenstand zur Verfügung. Dem Vorstande wurde, da die Bücher von zwei dazu ernannten Mitgliedern auf ihre Richtigkeit geprüft waren, Entlastung ertheilt. Punkt 2 der Tagesordnung betraf die Vorstandswahl und wurde der Gesamtvorstand durch Juroz wiedergewählt. Hierauf fand noch eine Besprechung verschiedener Bestimmungen der Statuten statt. An dem Abend traten wieder 2 Personen dem Vereine bei, so daß die Mitgliederzahl jetzt auf 52 herangewachsen ist. — Falsche Fünzigmarkstücke sind seit Kurzem wieder im Umlauf. Sie sind dadurch kennlich, daß zwei Blätter, zwischen welche Zute und Gansfasern gelegt sind, zusammengedrückt sind. Die Linien sind mit Tinte gezogen und die Zahl 50 ist aufgetischt. Ebenso sind falsche Fünf- und Ginnmarkstücke im Umlauf. Dieselben sind aus Zink und Blei hergestellt und galvanisch verübert, fähsen sich fettig an, auch sind die Ginnmarkstücke 1,5 Gramm leichter. — In verschiedenen Städten der Provinz hat in letzter Zeit ein Hochstapler Geströhlen gegeben, der sich bald Scholz, bald Rothenburg sowie Schelling nennt und durch Beilegung langvoller Titel zu blenden sucht. Der Mensch verübt, wo dies irgend möglich ist, Schwindelen und verschmäht es auch nicht, an hochstehende vermögende Personen rührende Briefe zu richten. Es liegt die Vermuthung nahe, daß der Schwindler seine Thätigkeit demnachst in hiesige Gegend verlegen wird. Es wäre erwünscht, daß bei seinem etwaigen Auftreten hier die Polizei einen Wink erhält.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt. s Schenkubiz, 10. Februar. In der bereits er-



# Merseburger Correspondent.

Erscheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 20 Hg. durch den Herunterträger. —  
1 Mark 25 Hg. durch die Post.

No. 31.

Sonnabend den 13. Februar.

1892.

## Das Heimstätten-gesetz.

Wenn unsere „Agrarier“, wie der Reichstanzler sich unlängst ausdrückte, sich mit sozialpolitischen Experimenten auzühen, so kann man ganz sicher sein, daß zum mindesten ein Bruchteil des Egoismus, der sie so groß gemacht hat, hineinzieht. Für die „innere Colonisation“, die Stärkung des kleinen Bauernstandes, die Beschäftigung des ländlichen Arbeiters u. dergl. haben die Herren sich erst begeistert, seitdem ihnen der Gedanke nahegelegt worden ist, daß auf diesem Wege dem Mangel an ländlichen Arbeitern, der die notwendige Folge der traurigen Lage dieser Landbevölkerung namentlich im Osten Preußens ist, abgeholfen werden könne. Daher ihre Begeisterung für die Keimzotten, namentlich seitdem es ihnen gelungen ist, die Verwirklichung der erforderlichen finanziellen Mittel seitens des Staates zu ermöglichen. Das letzte Frucht dieser Bestrebungen ist der Entwurf des sog. Heimstätten-gesetzes, für welches das Vorbild merkwürdiger Weise aus dem fernem Westen, aus Nordamerika, beschafft worden ist. Der Entwurf, der schon vor 2 Jahren im Reichstage eingebracht wurde, beginnt mit einem Satze, der wie eine Erinnerung an 1001 Nacht klingt: „Jeder Angehörige des deutschen Reichs, so lautet § 1, hat nach vollendetem 24. Lebensjahre das Recht zur Errichtung einer Heimstätte“, vorausgesetzt natürlich, was aber der Gesetzgeber nicht sagt, um dem Leser die Illusion nicht zu rauben, daß er im schuldenfreien Besitz des dazu erforderlichen Grund und Bodens ist. Eine gesicherte „Heimstätte“, die für den Betrüger und seine Familie ausreicht, die gegen den ungebildigten Gläubiger und den bösen Gelehrten geschützt ist, die sich von Generation zu Generation mittelbar vererbt, das wäre in der That ein Ideal, des Schweißes der Ehre werth. In den zahlreichen Projekten, die für dieses Institut propaganda machen, ist das Leben des Heimstättenbesizers in der amüschigsten Weise geschildert. Da sitzt die Familie abends nach gethauer Arbeit in dem Garten, die Hausfrau vertheilt das Abendbrot, ein leichter Wind umsäthelt die rothigen Wangen der Kinder, die der Abglanz der Abendsonne vergoldet. Das ist neben dem christlichen Confessionalismus des Grafen Caprivi das beste Gegenmittel gegen das Gift der Sozialdemokratie. Daß die amerikanische Heimstätte diesem Ideale unserer Agrarier nicht entspricht, ist eine Sache für sich. Darauf würde Niemand Werth legen, wenn das Project sonst ausführbar ist. Aber gerade da hapert's. Schon die erste Beratung des Entwurfs im Plenum, bei der der Entwurf mit der Unterstützung des Grafen Mothe unter dem Antrage gewissermaßen als eine Hinterlassenschaft dieses großen Mannes gepriesen wurde, hat erkennen lassen, daß die warmen Vertreter des Antrags der Möglichkeit, dieses flüssige Gold in gangbare gesetzgeberische Münze umzuwandeln, zweifelnd gegenüberstanden. Und so hat man denn nach allerlei „sympathischen“ Reden den Antrag einer Commission überwiesen, die — und das ist im höchsten Grade charakteristisch — ihre Arbeit mit der Beratung einer von dem Abg. Gamp beantragten Resolution begann, die Regierung unter Überweisung des Gesetzesentwurfs aufzufordern, Erhebungen darüber zu veranlassen, 1. ob und in welchem Umfange und aus welchen Ursachen ein Rückgang des bäuerlichen Grundbesitzes stattgefunden hat; 2. in welchem Umfange und mit welchem Erfolge Versuche mit der Beschäftigung der Arbeiter gemacht worden sind und auch demnächst Vorschläge darüber zu machen, durch welche Mittel die Erhaltung und weitere Ausdehnung des bäuerlichen Grundbesitzes sowie die Beschäftigung der Arbeiter auf eigenem Grund und Boden durch Errichtung von Heimstätten unter Beschäftigung der Heilbarkeit und der hypothekarischen Belastung, sowie der Zwangsversteigerung in derselben zu erreichen ist. Das ist das bekannte Auskunftsmittel. Weis der Reichstag nicht, wie das Ideal verwirklicht werden soll, so schiebt er die Aufgabe auf die Schultern der Regierung ab. In diesem Falle scheint auch das zu versagen. An gutem Willen

fehlt es der Regierung natürlich nicht. Aber bekanntlich genügt der gute Wille nicht. Der Vertreter des Staatssecretärs im Reichsjustizamt hat in der Commission die Erklärung abgegeben, das Reichsjustizamt habe bereits den Versuch gemacht, ein Heimstätten-gesetz auszuarbeiten; aber der Versuch sei fehlgeschlagen. Natürlich wird dieses offene Geständnis die Mehrheit der Commission nicht abhalten, der Regierung den Antrag, mit dem der Reichstag selbst nichts anzufangen weiß, zur weiteren Veranlassung zu überweisen und sich damit aus der Verlegenheit zu ziehen. Jedenfalls können die staatlichen Erhebungen nicht weiter schaden. Der Ansicht sind wir auch, vorausgesetzt, daß die Erhebungen auf alle Verhältnisse, welche hier in Betracht kommen, ausgedehnt werden. Und deshalb haben die fernmündigen Mitglieder der Commission, v. Bar, Dau, Jordan und v. Nehbhjß beantragt, unter Verlesung des Gesetzesentwurfs dem Reichstage folgende Resolution vorzuschlagen: „In Erwägung, daß die Frage, ob in Folge der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse ein Rückgang des leistungsfähigen kleineren Grundbesitzes eintritt, in keiner Weise festgestellt ist, in Erwägung ferner, daß von verschiedenen Seiten die Fortsetzung und Ausdehnung des leistungsfähigen kleineren Grundbesitzes als eine wichtige Aufgabe der Regierung angesehen wird, beschließen wir, die Regierung zu ersuchen, die Fortsetzung und Ausdehnung des leistungsfähigen kleineren Grundbesitzes als eine wichtige Aufgabe der Regierung anzuerkennen und die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes zu ermitteln.“

## Politische Uebersicht.

Ueber die russisch-deutschen Beziehungen spricht sich ein Berliner Brief an die offiziöse Wiener „Polit. Correspondenz“ aus, in dem gleichzeitig gegen die „Hamb. Nachr.“ polemisiert wird, in denen bekanntlich Fürst Bismarck ab und zu Deutschland zu einem „Reichthum“ vor Rußland auffordert. Die Berliner Zeitschrift der „Pol. Corr.“ führt die Gerüchte über eine russisch-deutsche Annäherung auf ausländische Vermuthungen für eine Antike zurück und erinnert die „Hamb. Nachr.“ daran, daß die Lage dieselbe sei, wie sie Fürst Bismarck vor vier Jahren im Reichstage schilderte, als er sagte, daß sich selbst eine vollständige Internationalisierung Deutschlands in die russische Politik Deutschlands nicht davor schützen würde, wider seinen Willen mit Rußland in Streit zu geraten. Die russisch-französischen Verhandlungen über Aufnahme einer neuen Eisenbahnlinie

sind gescheitert. Der russische Finanzminister verhandelte in Paris über die Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 240 Millionen Francs. Die Verhandlungen sind jedoch endgiltig abgebrochen worden. Zu der Frage der belgischen Verfassungsrevision spielt bekanntlich die Referendumfrage eine hervorragende Rolle. Innerhalb der Rechte gehen die Ansichten über diese Frage weit auseinander. Am Mittwoch haben sich nun beide Parteien der Rechte zu einem Compromiß geeinigt. Eine Versammlung der Mitglieder der Rechte beider Kammern erklärte sich damit einverstanden, daß das Referendum durch ein Spezialgesetz geregelt werde, in welchem die Fälle besonders bezeichnet werden, in denen eine Berufung an das Volk zulässig sei. Der Deputirte Weite, welcher bisher dem Referendum entgegengesetzte Opposition gemacht hatte, erklärte sich als Gegner für das so abgeänderte Referendum. Die englische Thronrede ist, wie nach Zusammentritt des Parlaments üblich, der Gegenwart der Beratung sowohl im Oberhause wie auch im Unterhause. Im Oberhause ist bereits am Dienstag der Adressentwurf zur Bewantwortung der Thronrede einstimmig angenommen worden. Im Laufe der Debatte erklärte Lord Salisbury, daß Englands Beziehungen in Aegypten nicht fallen gelassen werden; der Zweck Englands sei hierbei, das Aegypten auf eigener Kraft stehen und stark genug sei, um inneren Unordnungen und auswärtigen Intriguen zu widerstehen. Die Regierung werde Aegypten nie der Suprematie einer anderen Macht, noch der inneren Anarchie überliefern. Hinsichtlich Neufundlands erwarte Frankreich jetzt das Resultat der von Neufundland verprochenen Gesetze. Bevor dieses nicht vorläge, lasse sich über diese Angelegenheiten nichts sagen. — Im Unterhause beantragte bei der Adressdebatte Louthier (kons.) ein Amendement zu Gunsten der Aufhebung der Handelsverträge, welche England verbündeten, bevorzugte Handelsbeziehungen zu den Colonien herzustellen. Der Präsident des Handelsamts, Hicks-Beach, bekämpfte das Amendement und erklärte, die Regierung könne sich nicht verpflichten, jene Verträge aufzuheben; sie würde übrigens keine Verträge abschließen, welche die Colonien berühren, ohne letztere vorher zu befragen. Das Amendement wurde schließlich ohne besondere Abstimmung abgelehnt. Bei der Fortsetzung der Adressdebatte am Mittwoch erklärte der Parlaments-Secretär des auswärtigen Amtes, J. W. Louthier, mit den Vereinigten Staaten sei in Bezug auf das Schiedsgericht über die Behringsee-Frage ein Einverständnis erzielt, er glaube aber nicht, daß Italien, Frankreich und Schweden bereits aufgefordert worden seien, Schiedsrichter zu ernennen. Die Brüsseler Acte, betreffend die Bekämpfung des Sklavenhandels, sei thatsächlich ratifizirt, da Frankreich mit gewissen Modifikationen zugestimmt habe; der Umstand, daß Portugal die Acte noch nicht ratifizirt habe, werde seiner Meinung nach nur einen kurzen Aufschub zur Folge haben. Die spanischen Anarchisten fahren fort, an verschiedenen Orten aufsehend völlig planlos Kaufereien mit der Polizei zu provoziren, bei denen sie regelmäßig den Kürzeren ziehen. Nach Meldungen aus Barcelona kam es auch am Mittwoch wieder zwischen der dortigen Polizei und den Anarchisten zu einem Zusammenstoß, wobei mehrere der letzteren, darunter drei Franzosen, verhaftet wurden. Auch in Neus (Provinz Tarragona) wurden Verhaftungen vorgenommen. Die Ausweisung der Czarinin Natalie von Serbien bildet wieder den Gegenstand sehr erregter Debatten in der Schwyzschina. Bei der nach mehrtägigem Redekampfe am Donnerstag erfolgten Abstimmung trug die Regierung äußerlich einen Sieg davon, so daß die besdirte Cabinetkrisis anscheinend noch einmal vermieden werden wird. In der Debatte sprach sich der Präsident der Schwyzschina, Katiisch, gegen das Vorgehen der Regierung aus. Hierauf wurde der Uebergang zum